

Statement Pressekonferenz

Magdeburg, 9. Februar 2009:

Landesverband Metall-, Elektroindustrie und industrienaher Dienstleistungen
Sachsen-Anhalt e. V.
Verband der IT- und Multimediaindustrie Sachsen-Anhalt e. V.
Verband der Metall- und Elektroindustrie Sachsen-Anhalt e. V.

PSF 4152, 39016 Magdeburg; Humboldtstr. 14, 39112 Magdeburg
HAUS DER WIRTSCHAFT
Tel 0391/6288871m E-Mail: czura@vme.org



Seite(n): 5

Sachsen-Anhalts Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie und der IT –Wirtschaft stehen vor einem schwierigen Jahr

Die globale Nachfrageschwäche zeigt Auswirkungen auf die Auftragsituation der sachsen-anhaltischen Metall- und Elektroindustrie und der regionalen IT-Wirtschaft, jedoch mit deutlichen Unterschieden im Ausmaß in den einzelnen Branchen. Das ergab eine aktuelle Umfrage bei ca. 130 Unternehmen der im HAUS DER WIRTSCHAFT zusammengeschlossenen Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie und des IT-Wirtschaft.

Danach musste knapp die Hälfte der Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie in den vergangenen acht Wochen erhebliche Rückgänge im Auftragseingang hinnehmen. Bei lediglich einem Fünftel der Unternehmen blieb der Auftragseingang auf dem Niveau der vorhergehenden 6 Monate, während ein Drittel der Betriebe etwas schwächere Auftragseingänge meldet. Für die kommenden 6 Monate gehen nur 7 % der Betriebe von einer Verbesserung der Auftragsituation aus, während immerhin ein Fünftel der Unternehmen von einer Verschlechterung im Vergleich zum aktuellen Stand ausgehen. Etwa 40 % der Unternehmen halten die Auftragsentwicklung der nächsten 6 Monate angesichts der konjunkturellen Unsicherheiten für nicht abschätzbar.

Die Unternehmen der IT-Wirtschaft sehen sich nicht direkt von der Absatzkrise betroffen, auch wenn etwa 70 % der IT-Unternehmen einen etwas schwächeren Auftragseingang in den letzten acht Wochen angeben. Für die Zukunft rechnen mehr als die Hälfte der IT-Unternehmen mit einem gleichbleibenden Niveau oder auch mit einer Verbesserung der Auftragsituation. Die ITK-Branche ist - im Unterschied zur exportorientierten M+E-Industrie - nicht so abhängig von Schwankungen des Konjunkturzyklus. Das trifft vor allem für Kommunikationsdienstleistungen zu.



Andererseits stehen für Anbieter von IT-Dienstleistungen Technologien im Mittelpunkt, die schnell zu Kostensenkungen und Leistungssteigerungen bei den Anwendern führen. Im schwierigen konjunkturellen Umfeld sehen hiesige IT-Unternehmen mit ihren Produkten und Lösungen daher auch verstärkt Chancen.

Auch wenn sich die regionale Metall- und Elektroindustrie den Auswirkungen der internationalen Finanz- und Absatzkrise nicht entziehen kann, zeigen sich doch deutliche Unterschiede in der aktuellen Betroffenheit wesentlicher Branchen:

In besonderer Weise sind die unterschiedlichen Zulieferer für den Fahrzeugbau von teilweise drastischen Auftragseinbrüchen betroffen. Für 86 % der Automobilzulieferer ist der Auftragseingang der letzten acht Wochen erheblich schwächer als in den vorhergehenden Monaten. Für die kommenden 6 Monate gehen nur 7 % von einer Verbesserung der Auftragsituation aus, ein Drittel sieht für die kommenden 6 Monate die Auftragsituation auf den jetzt erreichten Stand.

Deutlich stabiler stellt sich die Situation im Maschinen- und Anlagenbau dar. Viele Maschinenbauer haben weiterhin hohe Auftragsbestände und eine recht gute Kapazitätsauslastung. Etwa ein Viertel sieht das Niveau der Auftragseingänge der letzten 8 Wochen unverändert, etwa die Hälfte der Unternehmen meldet etwas schwächere Auftragseingänge. Aber bei immerhin einem Viertel der regionalen Maschinen- und Anlagenbauer stellt sich der Auftragseingang erheblich schwächer dar. Für die erste Jahreshälfte 2009 gehen knapp 30 % von einer Verschlechterung der Auftragsituation aus. Als insgesamt vorteilhaft erweist sich die flexible mittelständische Unternehmensstruktur und dass viele sachsen-anhaltische Maschinen- und Anlagenbauer in energie- und umweltschutznahen Zukunftsmärkten international erfolgreich sind.

Risiken ergeben sich aus den nicht präzise absehbaren Folgen der Finanzkrise. Branchenübergreifend sehen fast drei Viertel der Unternehmen eine hohe Marktverunsicherung und daraus resultierende Zurückhaltung bei der Auftragsvergabe und die Reduzierung von Investitionsplanungen als mittelbare Folge für das Unternehmen. Als direkte Rückwirkung der Finanzkrise haben ca. ein Drittel der Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie und zwei Fünftel der IT-Unternehmen Probleme durch kundenseitige Finanzierungsschwierigkeiten bei bestehenden oder fest geplanten Aufträgen. Restriktiveres Bankenverhalten bei der Kreditvergabe und bei den Kreditkonditionen sieht jedes siebte Unternehmen.

Durch den Nachfragerückgang sind 71 % der Unternehmen der Metall-Elektroindustrie gezwungen, mit unterschiedlichen Maßnahmen zur Reduzierung des Arbeitsvolumens zu reagieren. Während in der Automobilzulieferindustrie alle Unternehmen bereits personalpolitische Maßnahmen in unterschiedlichem Ausmaß umgesetzt haben, sind es im Maschinen- und Anlagenbau bisher zwei Drittel der Betriebe, die diese Instrumente in den vergangenen zwei Monaten eingesetzt haben oder den Einsatz für die nähere Zukunft planen.

Die Beschäftigungssicherung hat für die M+E-Unternehmen nach wie vor hohe Priorität. Bisher ist vor allem mit dem Zurückfahren von Überstunden, dem Abbau von Zeitguthaben und dem Abbau von Zeitarbeit reagiert worden. Diese Maßnahmen sind durchgängig in der besonders vom Nachfragerückgang betroffenen Automobilzulieferindustrie zum Einsatz gekommen. Aber auch 42 % der Maschinenbauer haben bereits mit diesen flexiblen Instrumenten zum Ausgleich von Auftragschwankungen reagiert.

Die Anpassungsspielräume sind bei den Automobilzulieferern weitestgehend ausgeschöpft, so dass mittlerweile bereits jeder Dritte Kurzarbeit oder auch tarifpolitische Instrumente zur Verkürzung des Arbeitszeitvolumens in den letzten zwei Monaten eingeführt hat, um einen Stellenabbau zu vermeiden. Für die kommenden zwei Monate planen weitere gut 50 % die Einführung von Kurzarbeit. Entlassungen konnten so bisher vermieden werden und auch in den Planungen der Unternehmen für die kommenden zwei Monate spielen sie keine signifikante Rolle.

Fazit:

Mit den Auswirkungen der durch die internationale Finanzkrise und dem globalen Konjunkturabschwung ausgelösten hohen Marktverunsicherung sehen sich mittlerweile die meisten Unternehmen der M+E-Industrie und der IT-Wirtschaft konfrontiert. Ein differenziertes Bild ergibt sich beim Blick auf die unterschiedlichen Sparten. Unmittelbar und direkt betroffen ist die Automobilzulieferindustrie, die in den vergangenen acht Wochen z.T. dramatische Auftragseinbrüche zu verzeichnen hatte. Trotz schwierigem Konjunkturmilieu zeigen sich hingegen die regionalen mittelständischen Maschinenbauunternehmen bisher als krisenfest. Die hiesige IT-Wirtschaft meldet keine direkten Auswirkungen der Krise.

Auch wenn 2009 für die Metall- und Elektroindustrie Sachsen-Anhalts alles andere als einfach wird, erweisen sich einige strukturelle Besonderheiten bisher als Stärken in der Krise. Die am stärksten betroffene Branche, die Automobilzulieferindustrie, ist nicht in dem Maße strukturbestimmend für die M+E-Industrie, wie in anderen Regionen Deutschlands. Sie ist klein- und mittelständisch geprägt und somit auch sehr flexibel. Hinzu kommt, dass viele Fahrzeugzulieferer auch für andere Märkte tätig sind, das hilft die Auswirkungen der Absatzausfälle im Automobilbereich zumindest zu dämpfen.

Die Metall- und Elektroindustrie Sachsen-Anhalts ist stark in energie- und umweltschutznahen Zweigen und vor allem auch im Bereich regenerativer Energien. Diese Märkte gelten langfristig als Zukunftsmärkte. Der klein- und mittelständisch geprägte Maschinen- und Anlagenbau hat sich mittlerweile mit hochspezialisierten Werkzeug- und Sondermaschinen oder als Anbieter komplexer Industrieanlagen in wichtigen Marktsegmenten etabliert.

Aber: Der Konjunkturabschwung wirkt weltweit, alle wichtigen Märkte in Europa, den USA und Asien sind betroffen. Wir haben in der Automobilindustrie eine globale Krise wie seit vielen Jahren nicht, und das beeinflusst auch den Maschinenbau, Stahl und Chemie. Die Finanzmarktkrise verschärft die Lage. Den Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie brechen teilweise die Aufträge weg, weil weltweit die Kunden unsicher über die weitere Entwicklung sind und von ihren Banken keine Finanzierung mehr bekommen – und nicht etwa, weil sie unsere Produkte nicht kaufen wollen.

In dieser Situation setzen die Unternehmen daran, möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten – schon alleine deshalb, weil die Unternehmen die erreichten Weltmarktpositionen halten wollen und dafür ihre Fachkräfte brauchen, und zwar auch in schlechteren Zeiten. Im Jahr 2008 sind in der Metall- und Elektroindustrie 4147 Arbeitsplätze entstanden, was einem Zuwachs von 10,5% gegenüber dem Vorjahr entspricht, so viele wie in keinem Jahr zuvor.

Ein besonderes Anliegen muss es auch sein, Ausbildungsplätze in unserer Branche nicht von der Konjunktur abhängig werden zu lassen.

Beschäftigung zu sichern, ist nicht die einzige und auch nicht die wichtigste Aufgabe der Unternehmen. Sie müssen sich voll darauf konzentrieren, einigermaßen unversehrt aus der Krise zu kommen. Deshalb können sie nicht alle Finanzmittel und Reserven für den Arbeitsplatzertand ausgeben, sondern müssen vorrangig in Produktentwicklung und Marktsicherung investieren und ständig ihre Prozesse erneuern, um sich Wettbewerbsvorsprünge zu erarbeiten.

Kurzarbeit ist ein wichtiges Instrument, um einen Einbruch eine Weile lang zu überstehen. Allerdings ist klar: Es hilft nur eine begrenzte Zeit, und es wird auch nicht immer und überall gelingen, sämtliche Jobs zu halten. Umso wichtiger ist es, die Reichweite der Instrumente zu erhöhen, ihre Anwendung so einfach und attraktiv wie möglich zu machen.

Einen ersten Schritt hat die Bundesregierung bereits gemacht: Bei Kurzarbeit brauchen die Arbeitgeber nur noch den Arbeitgeber-Beitrag zur Sozialversicherung zu zahlen; den Arbeitnehmer-Beitrag übernimmt künftig die Arbeitsagentur. Damit aber ist die Politik auf halbem Entlastungswege stehen geblieben. Noch immer zahlen die Unternehmen Beiträge für Nichtarbeit. Wenn Kurzarbeit stärker genutzt werden soll, muss diese systemwidrige Belastung unkonditioniert gestrichen werden.

Das Konjunkturpaket der Bundesregierung kann einen Beitrag zur Dämpfung der Krise leisten und so das dringend benötigte Vertrauen von Konsumenten und Investoren zu stärken. Für das Gros der Maßnahmen stimmt die Stoßrichtung: So sollen Steuern und Abgaben gesenkt, Investitionen gefördert, die Infrastruktur ausgebaut, Kurzarbeit erleichtert und ein Schutzschirm auch für Unternehmen aufgespannt werden. Die Abwrackprämie hilft der Automobilbranche. Allerdings wird dies durch enorme finanzielle Mittel erkaufte, in denen der Keim zu neuen Krisen stecken könnte. Größte Wachsamkeit ist beim so genannten Schutzschirm für die Realwirtschaft geboten. Hier kann ein Fass ohne Boden entstehen mit einem Sog zu immer mehr punktuellen und damit verzerrenden politischen Eingriffen ins Wirtschaftsleben.